



Nideggen im Juli 2017

Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,

mit ein paar kommunalpolitisch wichtigen Themen wollen wir uns wieder einmal an Sie wenden. Wenn es auch im Rat und seinen Gremien nach den mehr als turbulenten Zeiten jetzt etwas gesitteter zugeht, müssen wir uns doch auch in diesen Zeiten an Sie wenden. Zur Orientierung hier die Überschriften:

- Freibad und Freizeitzentrum Abenden
- Windkraft in Nideggen
- Windkraft in Kreuzau
- Mögliche Entwicklungen in Nideggen
- Der Kletterpark am Eschauel
- Verkehrslenkung am REWE
- Unser Bundestagskandidat

Freibad und Freizeitzentrum Abenden

Wir sind sehr froh, dass sich nunmehr die Dorfgemeinschaft zusammengefunden hat, um eine Lösung für die Zukunft zu erarbeiten. Allen, die dabei mitgeholfen unseren Dank.

Nun hoffen und wünschen wir gutes Gelingen und für das Freibad einen Sommer, der seinen Namen verdient.

Windkraftanlagen in Nideggen

Die SPD Nideggen hat zu diesem Thema von Anfang an eine klare Linie verfolgt, die heißt im Rahmen der Energiewende das notwendige Augenmaß nicht zu verlieren und die rechtlichen Regeln klar einhalten.

Das heißt für das Stadtgebiet Nideggen:

Wir haben von Anfang an darauf gedrungen, durch eine zügige Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) sogenannte Vorrangzonen auszuweisen, um in erträglichem Maße den Bau solcher Anlagen zu steuern. Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, Wildwuchs zu verhindern. Dafür es gab im Rat allerdings keine Mehrheit, vor allen Dingen die schlaue Köpfe der MfN wussten es besser und beschlossen, mit der CDU zusammen, diese Maßnahme vom Tisch zu nehmen. So wurde im ersten Anlauf ein Planungsvertrag gekündigt und die Möglichkeit einer Planung ohne finanzielle Belastung der Stadt vertan. Nach einiger Zeit wurde diesen Ratsfraktion die Unsinnigkeit ihres Beschlusses deutlich und es musste nun ein Beschluss in umgekehrter Richtung her, heißt: ein FNP zur Ausweisung von Vorrangzonen für WKA muss aufgestellt werden der kostet aber **jetzt** zusätzlich Geld.

Windkraftanlagen (WKA) in Kreuzau

Für die Interessen der Stadt in Bezug auf WKA in Kreuzau hieß und heißt es:

Nur dort, wo direkt unser Stadtgebiet betroffen ist, Einspruch gegen die Pläne zu erheben und sich auf kein Glücksspiel mit Gerichtsverfahren einzulassen. In der Sitzung, die zum Klagebeschluss führte, haben wir massiv darauf hingewiesen, dass ein Klageweg in ein riskantes finanzielles Manöver führen kann. Meinungsführer war auch hier die MfN im Schlepptau zog sie die CDU hinter sich her.

Genauso ist es jetzt gekommen und dass, obwohl der eigene Rechtsanwalt, der in den Kreis der AKW-Befürworter gerechnet werden muss, vor der rechtlichen Weiterverfolgung gewarnt hatte. MfN und CDU beschlossen trotzdem diesen Weg zugehen und verlieren erkennbar auf Kosten der Steuerzahler sowohl sachlich und auch finanziell.

Jetzt wird zudem sehr deutlich, dass die Kreuzauer auch Rechtskundige für ihre Sache haben und das Gerichte wiederum eine Sicht auf die Dinge haben, die nicht allein im Gesetz sondern in Urteilen begründet sind.

Es zeichnen sich fünfstellige Ausgaben für die Stadt ab. Aber MfN und CDU wischen nach wie vor alle Bedenken zur Seite.

Mögliche Entwicklungen in Nideggen

Nach dem Entwurf des neuen Landesentwicklungsplan (LEP) stellt sich die Frage, wie sich unsere Kommune weiterentwickeln kann. Das auszuloten wird eine Überprüfung der bestehenden und weiter zu entwickelnden FNP durch einen Vertreter des Regierungspräsidenten (Rp) vorgenommen.

Im Vorfeld wurden erforderliche und mögliche Flächen in den einzelnen Stadtteilen mit Verwaltung, Ortsvorstehern und Ratsbeauftragten besichtigt und Anpassungen erörtert. In den kleineren Stadtteilen gab es erkennbar keine zusätzlichen Anforderungen. Sehr wohl aber in Abenden, Rath, Brück, Nideggen und Schmidt.

Die Ergebnisse dieser Feststellungen werden dann in der Besprechung mit dem Vertreter des Rp erörtert, um auszuloten, ob die gewünschten Anpassungen vorgenommen und im Anschluss daran im Rat beschlossen werden können.

Vorhaben in bestehenden Bebauungsplänen

Im Stadtteil Schmidt werden wir, unabhängig von gewünschten Änderungen des FNP, auf Basis der bestehenden Bebauungspläne, den Bau von Seniorenheimen und Häuser für betreutes Wohnen beantragen. Hintergrund dafür ist eine Änderung der baulichen Voraussetzungen für solche Häuser.

Danach müssen, auch in bestehenden Einrichtungen, eine große Anzahl von Ein-Zimmereinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Das stellt die Betreiber vor große Probleme immer dann, wenn die baulichen Voraussetzungen nicht oder wirtschaftlich nicht vertretbar geschaffen werden können. In jedem Fall gehen bei einem entsprechenden Umbau eine Reihe von Pflegeplätzen verloren. Dies zeichnet sich in Schmidt ab und insofern besteht Bedarf an zusätzlichen Plätzen.

Dazu eignen sich besonders das bereits bestehende SO-Gebiet zwischen Hubertushöhe und Schöne Aussicht bis zum Nikolausheim und das Baugebiet „Am Klausener Weg“.

Der Kletterpark am Eschauel

Die SPD Nideggen hat von Beginn an klar gemacht, auf welcher Seite sie bei diesem Thema steht.

Diese Haltung steht nicht im Widerspruch zu unseren sonstigen Aussagen „Tourismus fördern“. Das Gegenteil ist der Fall – diese Einrichtung würde sich schädlich auf unseren Tourismus auswirken.

Wer den Eschauel, besonders an warmen und sonnigen Tagen, kennt, der wird nicht verleugnen, dass bereits jetzt die Kapazitäten dort völlig ausgereizt bzw. überbelegt sind. Die Kfz'e parken schon auf dem Notparkplatz und weit hinaus bis fast nach Schmidt.

Die CDU, MfN und Unabhängige im Bauausschuss haben für die Weiterführung der FNP-Änderung gestimmt. Und damit hat die CDU ihren eigenen Ortsvorsteher in Schmidt abgestraft, und das, obwohl sie bis zur letzten Minute allen signalisiert hat, dagegen zu votieren.

Wir, die SPD Nideggen, bleiben bei unserer Haltung, die von Anfang an klar war: Dort wollen wir keinen Kletterpark – Alternativen gibt es. Sie sind besser und vor allem sinnvoller, attraktiver und Umwelt verträglicher.

Antrag der SPD: Verkehrslenkung am REWE ändern

Immer wieder kommt es an der Kreuzung „Am Eisernen Kreuz / Jülicher Str. zu gefährlichen Situationen und letztlich auch zu Verkehrsunfällen.

Die Straßeneinmündung ist stadtauswärts durch eine langgezogene Kurve schwer einsehbar, die Anzahl der Autos auf der Jülicher Str. aus beiden Richtungen nimmt permanent zu, die aus Richtung Konrad-Adenauer-Str. ebenfalls - mit weiter steigender Tendenz.

Das hat uns veranlasst einen Antrag zu stellen, die Verkehrslenkung dem stetig wachsenden Verkehr und des größer werdenden Unfallrisikos anzupassen.

Ihr Bundestagsabgeordneter Dietmar Nietan

„Für die Menschen im Kreis Düren“



Neue Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und Investitionen unserer Kommunen in Kitas, Schulen und Sportstätten sind meine wichtigsten Anliegen für die Menschen im Kreis Düren.

Der Kreis Düren ist meine Heimat.

Hier bin ich geboren und aufgewachsen. Meine Familie und ich leben gerne hier. Für die Menschen im Kreis Düren engagiere ich mich schon seit meiner Schulzeit. Zuerst als Schülersprecher, später im Stadtrat und im Kreistag, heute im Bundestag.

1998 haben mich die Menschen im Kreis Düren zum ersten Mal direkt in den Bundestag gewählt. Ich engagiere mich hier insbesondere für ein starkes und einiges Europa. Gemeinsam lassen sich Probleme leichter lösen. Das gilt nicht nur für die Familie, sondern auch in Europa.

Seit über 30 Jahren bin ich in Vereinen und der Kommunalpolitik im Kreis Düren aktiv. Ich weiß, wo den Menschen der Schuh drückt. Mit dieser Erfahrung möchte ich weiter für sie im Bundestag arbeiten.

Dafür setze ich mich ein:

- Mehr konkrete Unterstützung für Familien mit Kindern, eine Rente, die Menschen vor Altersarmut schützt, aber auch gute und faire Löhne und Arbeitsbedingungen liegen mir besonders am Herzen.
- Unsere Kommunen sollen endlich wieder in Schulen, Kitas, Straßen und Sportplätze investieren können. Das ist der Unterschied: Die CDU will mit der Gießkanne Steuern senken. Die SPD will mit mehr Bundesmitteln unsere Kommunen unterstützen.
- Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, nicht Wirtschaftsinteressen! Gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, eine gute Pflege im Alter oder die Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit: Die Würde des Menschen muss das Maß der Dinge sein.

www.dietmar-nietan.de

Tel.: (0 24 21) 40 44 0